

Hildegard Matthies, Dagmar Simon, Marc Torka (Hrsg.)

Die Responsivität der Wissenschaft

Wissenschaftliches Handeln in Zeiten neuer Wissenschaftspolitik



Hildegard Matthies, Dagmar Simon, Marc Torka
(Hrsg.)
Die Responsivität der Wissenschaft
Wissenschaftliches Handeln in Zeiten neuer Wissenschaftspolitik
transcript Verlag, Bielefeld 2015,
268 Seiten, 29,99 Euro
ISBN 978-3-8376-3298-9
www.transcript-verlag.de

Auf 268 Seiten beschreiben Hildegard Matthies, Dagmar Simon und Marc Torka wissenschaftliches Handeln in Zeiten neuer Wissenschaftspolitik. Denn an die Wissenschaft wird die Anforderung an eine gesteigerte Innovationskraft, an einen gesteigerten Wert sowie an eine gesteigerte Quantität ihrer Leistung gestellt. Dabei spielt auch die Politik eine große Rolle, die mit einer Reihe aus Anreizen, Sanktionen und Bewertungsverfahren die Performance und den Inhalt der wissenschaftlichen Arbeit zu beeinflussen versucht. Deshalb wird in der Wissenschaftsforschung häufig eine epochale Veränderung von Wissenschaft entdeckt. Die Frage ist also, wie denn Wissenschaftler wirklich mit den fluktuierenden Ansprüchen umgehen. Anhand des Konzeptes der Responsivität wird in diesem Buch das Bewerten, Organisieren und Verwerten von Wissenschaft aber auch die Laufbahn von Wissenschaftlern untersucht.

Wissenschaftler/innen sind in den letzten Dekaden unter Druck geraten. Mit einem Set von wissenschaftspolitischen Anreiz-, Sanktions- und Bewertungsinstrumenten wird Einfluss auf ihre Performanz und den Inhalt ihrer Arbeit genommen. Sie sollen ihre gesellschaftliche Relevanz und insbesondere ihre Nützlichkeit in Form von – möglichst messbaren – ökonomisch ausgerichteten Verwertungsaktivitäten unter Beweis stellen (Schubert/Schmoch 2010). Wie aber verhält sich die Wissenschaft zu solch veränderten Herausforderungen ihrer Umwelten? Wie verändern sich die Orientierungen von Wissenschaftler/innen, ihre Praxen und die von ihnen als handlungsleitend angesehenen Standards der wissenschaftlichen Arbeit? Wie verändert sich Wissenschaft überhaupt und wie tiefgreifend? Ist nur ihre äußere Gestalt oder auch ihre innere Struktur und Funktionsweise betroffen? Diesen zentralen Fragestellungen der Wissenschaftsforschung ist die Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am WZB in den letzten zehn Jahren nachgegangen. Einige ihrer empirischen Ergebnisse werden in diesem Buch unter dem Konzept der Responsivität vorgestellt.

Wie sich das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gestaltet und welche Veränderungsprozesse zu beobachten sind, ist für die Wissenschaftsforschung kein neues Thema. Es begleitet sie seit ihrer Existenz, oftmals geführt zu der Frage nach der Nützlichkeit von Wissenschaft für die Gesellschaft (Kaldewey 2013a). Als Gegenstand der Philosophie geht die Frage der Nützlichkeit von Wissenschaft bis in die Antike zurück. Dieser Diskurs wird auch in der jüngeren Wissenschaftsforschung aufgenommen und man ist sich weitestgehend einig, dass sich die Wissenschaft nicht nur unter Nützlichkeitsabwägungen, sondern im Zuge veränderter Umweltbedingungen in den letzten Dekaden generell erheblich transformiert hat. Die Diagnosen über die Art und Weise sowie die Reichweite dieses Wandels fallen allerdings sehr unterschiedlich aus. Konstatiert wird etwa eine stärkere Einflussnahme nichtwissenschaftlicher Akteure auf die Wissensproduktion (Gibbons et al. 1994; Nowotny/Scott/Gibbons 2001), die zu einem neuen Typus von inter- und trans-disziplinärem Wissen („socially robust knowledge“) geführt habe und die akademisch disziplinär ausgerichtete Wissenschaft in ihrer Bedeutung zurückdränge. In den

letzten Jahren wird diese Debatte unter dem Stichwort „citizen science“ fortgeführt, wonach Bürger/innen sowohl bei der Produktion als auch bei der Bewertung wissenschaftlichen Wissens zunehmend eine aktive Rolle zugeschrieben wird (Dickel/Franzen 2015). Vor diesem Hintergrund wird auch von einer engeren Kopplung zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen gesprochen (Weingart 2001) – angefangen von der staatlichen Politik über die Wirtschaft, das Recht, die Öffentlichkeit und die Massenmedien –, die zu einer Gleichzeitigkeit von Vergesellschaftung der Wissenschaft und der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft geführt haben. Oder es wird bereits die Gefahr eines „academic capitalism“ (Slaughter/Rhodes 2004) beschworen und damit behauptet, dass sich zunehmend kapitalistische Marktmechanismen im Wissenschaftssystem etablierten, weil die anwendungs- und verwertungsorientierte Wissenschaft zur dominanten Form der Erkenntnisproduktion werde.

Entgegen solcher zuweilen doch recht eindimensional anmutenden Sichtweisen gehen wir in diesem Buch von einem „offenen Verhältnis“ zwischen Wissenschaft und Gesellschaft aus: offen in dem Sinn, dass wir auf starke theoretische Vorannahmen über Kontinuität, Diskontinuität oder Wesensart dieses Verhältnisses – wie von einigen Zeitdiagnosen (s.o.) vorgeführt – verzichten. Wir nehmen aber mit Reiner Keller und vielen anderen an, dass das fortlaufende Unterscheiden Teil dieser immer aufs Neue geknüpften Beziehung ist:

„Wissenschaft und Gesellschaft, das unterscheidet zunächst zwei uns weithin geläufige Größen und setzt sie in ein offenes Verhältnis. Wissenschaft ist nicht Gesellschaft; Gesellschaft ist nicht Wissenschaft. Wohl aber findet Wissenschaft in der Gesellschaft statt und in gewissem Sinne auch Gesellschaft in der Wissenschaft. Handelt es sich deswegen um eine parasitäre Beziehung? Um ein symbiotisches Verhältnis? Um kommunizierende Röhren? Um enttäuschte, verschmähte hoffende Liebende? Um füreinander Fremde, die gerne auf Distanz bleiben? Um ein brisantes Spannungsfeld?“ (Keller 2012: 7)

Offen bleibt dabei zunächst, inwiefern überhaupt Grenzen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gezogen werden, wenn ja, ob sich die Grenzen zwischen beiden Welten verschieben, auflösen oder immer erneut fortschreiben. Das gilt im Kern auch für die Beziehung zwischen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Ob die Wissenschaftspolitik überhaupt mit neuen oder

” **Offen bleibt dabei zunächst, inwiefern überhaupt Grenzen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gezogen werden, wenn ja, ob sich die Grenzen zwischen beiden Welten verschieben, auflösen oder immer erneut fortschreiben. Das gilt im Kern auch für die Beziehung zwischen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik.**

**„Wissenschaft ist nicht Gesellschaft; Gesellschaft ist nicht Wissenschaft.
Wohl aber findet Wissenschaft in der Gesellschaft statt
und in gewissem Sinne auch Gesellschaft in der Wissenschaft.“**

als wissenschaftsfremd wahrgenommenen Mitteln agiert und inwiefern sich damit die Bedingungen für Wissenschaft ändern, ist empirisch zu bestimmen. Zur Beantwortung der Frage nach dem institutionellen Wandel der Wissenschaft wollen wir aus der Perspektive ihrer Produzenten – der Wissenschaftler/innen – beitragen. Dazu werden in diesem Buch Arbeiten aus den Grenzbereichen zwischen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik präsentiert, die zentrale Bereiche der institutionellen Veränderung aus den letzten dreißig Jahren thematisieren: Bewertungen von Wissenschaft, neue Rollen für Hochschulleitungen für die Profilbildung von Hochschulen, die ökonomische Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie die beruflichen Selbstverständnisse und Karrierekonzeptionen von Wissenschaftler/innen. Der Blick der Arbeiten ist vor allem auf die Handlungsebene von Wissenschaftlern/innen gerichtet. Mit dieser Fokussierung geraten Rollenmodelle, Motivkonstellationen und Selbstkonzepte ins Visier. An ihnen lässt sich zeigen, dass die

„Entlang der drei gegenwärtig in der Wissenschaftsforschung dominierenden Diskurse, dem Kontroll-, Nützlichkeits- und Wettbewerbsdiskurs, wird in dem Beitrag nachgezeichnet, welchen veränderten Handlungsbedingungen Wissenschaftlern/innen heute unterliegen.“

Akteurinnen und Akteure nicht nur in vielfältiger Weise auf neue Erwartungshaltungen aus gesellschaftlichen Umwelten antworten, sondern auch auf eigene Ansprüche an die wissenschaftliche Arbeit und auch an innerwissenschaftliche Entwicklungen. Konzeptionell knüpfen wir dabei an das phänomenologische Responsivitätskonzept von Waldenfels (2008) an (s. u.), demzufolge jedes Handeln auf explizite oder implizite Kontexte Bezug nimmt, die rekonstruiert werden müssen, um Handlungen (von Wissenschaftlern/innen) überhaupt verstehen und erklären zu können.

In dem Beitrag von Marc Torka wird zunächst unser analytisches Konzept vorgestellt und Responsivität als ein Antworten auf explizite, implizite, faktisch geäußerte oder auch nur imaginierte Ansprüche, Anfragen oder Anforderungen anderer entwickelt. Damit wird das Verhältnis von Wissenschaft und Umwelt als ein offenes Interaktionsverhältnis beschrieben, in dem Eigenes und Fremdes, innen und außen, ego und alter aufeinander Bezug nehmen, ohne dass bereits bekannt wäre, worauf und in welcher Weise Wissenschaftler/innen mit ihren Handlungen eigentlich antworten. Sie handeln, so die Annahme, in wissenschaftspolitisch relevanten, aber weder durch bekannte Routinen noch deutliche Erwartungen klar vorstrukturierte Situationen. Die Handlungsbedingungen werden vielmehr als ergebnisoffen konzipiert und bieten vielfältige Möglichkeiten des Antwortens. Damit grenzen wir uns auch von normativen und theoretischen Verengungen ab, in denen Responsivität der Wissenschaft prinzipiell positiv besetzt ist oder a priori als Ausrichtung an gesellschaftlichen Bedürfnissen verstanden wird. Entlang der drei gegenwärtig in der Wissenschaftsforschung dominierenden Diskurse, dem Kontroll-, Nützlichkeits- und Wettbewerbsdiskurs, wird in dem Beitrag nachgezeichnet, welchen veränderten Handlungsbedingungen Wissenschaftlern/innen heute unterliegen. Im zweiten Schritt wird sodann der Wert von Responsivität als einem analytischen Konzept herausgearbeitet, das sich durch den Ansatz auszeichnet, von den Antworten und nicht von bereits feststehenden Anfragen, Ansprüchen,

„Alle Fallstudien zielen darauf ab, die je feldtypischen Handlungsmuster zu identifizieren und zu den eingangs entwickelten Annahmen theoretisch denkbarer Responsivitätstypen in Bezug zu setzen.“

Anforderungen oder Wesensarten auszugehen. Versteht man jedes beobachtete Handeln als eine Antwort auf etwas, dann kann sich der rekonstruierte Bezugskontext von Handlungen deutlich von der normativen, funktionalen oder regulativen Handlungsrahmung unterscheiden und muss nicht mit dieser zusammenfallen. Abschließend wird ausgehend von theoretisch denkbaren Handlungsoptionen eine Typologie entwickelt, die zeigt, wie unterschiedlich Wissenschaftler/innen unter neuen Handlungsbedingungen agieren können und woran sie ihr Handeln dabei ausrichten.

In exemplarischen Fallstudien werden daran anschließend empirische Befunde der Forschungsgruppe im Lichte unseres Responsivitätsbegriffs interpretiert. Die Fallstudien widmen sich vier Bereichen, die im wissenschaftspolitischen Diskurs besondere Aufmerksamkeit erlangt und Neuordnungen zur Folge haben: der Bewertung, Organisation und Verwertung von Wissenschaft sowie den Karrieren in der Wissenschaft. In jedem dieser Handlungsfelder eröffnet sich ein spezifischer, durch unterschiedliche Anforderungen konstituierter Interaktionsraum zwischen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. In diesen unbestimmten Zwischensphären sind Wissenschaftler/innen dazu aufgefordert, Umgangsweisen mit neuartigen Herausforderungen zu entwickeln.

Alle Fallstudien zielen darauf ab, die je feldtypischen Handlungsmuster zu identifizieren und zu den eingangs entwickelten Annahmen theoretisch denkbarer Responsivitätstypen in Bezug zu

setzen. Dabei wenden wir das heuristische Responsivitätskonzept jeweils in vier Schritten an. Zunächst wird der Diskurszusammenhang entfaltet, in den die Fallstudien eingebettet sind. Es folgt eine Bestimmung des offenen Handlungsraums, in dem Wissenschaftler/innen Antworten entwickeln. Diese Antworten werden in Form von Handlungsmustern beschrieben, die für das jeweilige Feld typisch sind. Daran anschließend erfolgt eine Zusammenfassung, in welcher Form Responsivität der Wissenschaft im jeweiligen Feld zutage tritt.

Die erste Fallstudie von Silke Gülker nimmt die Bewertung der Wissenschaft in den Blick. Der Diskurs über das Bewerten der Wissenschaft ist zwar so alt wie die Wissenschaft selbst, gibt aber seit einigen Jahren eine auffällige Verschiebung zu erkennen. Denn während die Bewertung von Wissenschaft lange Zeit eine wissenschaftsinterne Angelegenheit zum Zweck der Prüfung wissenschaftlicher Qualität war, wird heute zunehmend der Selbstkontrollmechanismus des Peer Review als wissenschaftspolitisches Mittel benutzt. Im Rahmen von institutionellen Evaluationen sollen die Leistungen der Wissenschaft transparent gemacht werden, damit sowohl ihre Qualität verbessert als auch wissenschaftspolitische Förderentscheidungen angeleitet werden können. Durch diesen Mehrfachbezug öffnet sich ein Handlungsraum, auf den Evaluationsverfahren mit „doppelten Zielsetzungen“ und Gutachterinnen mit disparaten Bildern guter Wissenschaft und vielfältigen Rollenkonzepten und Situationsdeutungen antworten. Sie verstehen sich als „Fachwissenschaftlerin“ und suchen den inhaltlichen Austausch mit Kollegen, sie agieren als „Prüferin“, die hinter die Fassade der Berichte und Präsentationen zu blicken sucht, oder als „Lehrerin“, die vergleicht und Noten verteilt. Gute Wissenschaft deuten sie als „Ergebnis guten Managements“, als erfolgreich „publizierte Grundlagenwissenschaft“ oder als gelungene

Stichwörter
Wissenschaftsforschung
Wissenschaftsorganisation
Soziologie
Karrierewege

„Der Diskurs über das Bewerten der Wissenschaft ist zwar so alt wie die Wissenschaft selbst, gibt aber seit einigen Jahren eine auffällige Verschiebung zu erkennen. Denn während die Bewertung von Wissenschaft lange Zeit eine wissenschaftsinterne Angelegenheit zum Zweck der Prüfung wissenschaftlicher Qualität war, wird heute zunehmend der Selbstkontrollmechanismus des Peer Review als wissenschaftspolitisches Mittel benutzt.“

Positionierung in „weltweiten Ranglisten“. Mit diesen Responsivitätsmustern schließen die Gutachterinnen an Aspekte ihrer professoralen Rolle an und übersetzen neue Handlungssituationen in bekannte Handlungsweisen. Aber auch Rollenmuster aus anderen Tätigkeitsfeldern lassen sich in Evaluationsverfahren beobachten, etwa wenn Gutachterinnen als „Aufsichtsratsmitglied“ die Umsetzung von Empfehlungen kontrollieren, als „Organisationsberaterin“ nach Problemen und Lösungen im Institutsbetrieb suchen oder bei der Ergebnisformulierung vereint als „wissenschaftspolitische Akteurin“ auftreten, die über einschneidende Folgen der Bewertung selbst entscheiden will. Wissenschaftlerinnen respondieren also im Spannungsfeld von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik in vielfältiger Weise auf die Anforderung, Aussagen zur Qualität von Wissenschaft und zur Leistung wissenschaftlicher Organisationen zu treffen. Ihr Antwortverhalten ist in der Summe weder eindeutig ihrer alltäglichen Verankerung in der Wissenschaft noch ihrem zeitweiligen Amt für die Politik zurechenbar und wechselt überdies im Bewertungsprozess.